

Belter-Dialoge an der Universität Leipzig

Am 25. April 2012 fanden im Alten Senatssaal der Universität Leipzig die vierten Belter-Dialoge statt. Der Name der Veranstaltungsreihe erinnert an den Leipziger Studenten Herbert Belter, geb. 1929, der 1950 gemeinsam mit anderen demokratisch gesinnten Studenten im Vorfeld der ersten Volkskammerwahl Flugblätter gegen die verfassungswidrigen Einheitswahllisten verteilt hatte. Belter wurde deshalb verhaftet, von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und im April 1951 in Moskau hingerichtet. Mehrere Mitglieder der Belter-Gruppe würdigten die Veranstaltung durch ihre persönliche Teilnahme. Als Leipziger Studenten 1951 zu „nur 25 Jahren“ Zwangsarbeit verurteilt, kamen sie nach dem Staatsbesuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer 1955 in Moskau aus dem Sibirischen Gulag frei, setzten in Westdeutschland ihr Studium fort und sind heute emeritierte Professoren. In dem zweiteiligen Aufsatz „Erinnerung an deutsche Akademiker, die während der Nachkriegsjahre in der SBZ/DDR Opfer für die akademische Freiheit brachten“ war in der BFW-Zeitschrift¹ detaillierter über die Belter-Gruppe berichtet worden.

Die diesjährigen Belter-Dialoge „Impulse zu Zivilcourage und Widerstand“ moderierte der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Freistaat Sachsen, Herr Dr. Joachim Klose. Unter dem Rahmenthema „Gebrochene Schülerbiographien“ ging es um die Etablierung der „neuen Schule“ in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) / DDR und die sozialistische/kommunistische Erziehung der Schulkinder und Jugendlichen. Die Tagungsteilnehmer erhielten fundierte Informationen über die staatlichen Maßnahmen zur Indoktrination der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, über erinnerungswerte Widerstandsversuche der Schüler gegen die ideologischen Zwänge sowie über die dadurch ausgelösten Repressionen durch die Partei- und Staatsorgane.

Im ersten Vortrag gab Prof. Gert Geißler, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung Berlin, einen historischen Abriss über die politischen Eingriffe an den Oberschulen im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Mit der sogen. „demokratischen Schulreform“ wurde eine bildungspolitische „Revolution von oben“ durchgesetzt: staatliche Einheitsschulen mit achtklassiger Grundschulausbildung eingerichtet, Privatschulen aller Art abgeschafft, die „Entnazifizierung“ der Lehrer mit dem Ziel einer weitgehenden Substitution der bürgerlichen Lehrerschaft durch „Neulehrer“ ohne bildungsbürgerlichen Hintergrund betrieben, das bürgerliche Bildungsprivileg durch Zulassungsquoten zur Oberschule nach der sozialen Herkunft der Schüler gebrochen. Bereits im Juli 1945 setzte der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) parallel zur Sowjetischen Abteilung Volksbildung der SMAD eine Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) als Schul-, Wissenschafts-, Zensur- und Propagandabehörde ein. Die DZVV arbeitete im Auftrag der SMAD als deren

¹ Veröffentlicht in der Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft“, Nr.3 (Sept. 2008), S. 4-10, Nr.4 (Dez. 2008), S. 7-13

deutsches Vorbereitungs- und Vollstreckungsorgan. Als DZVV-Präsident wurde der Kommunist Paul Wandel eingesetzt, der von 1933 bis 1945 in der UdSSR gelebt hatte. Auf Landesebene besaßen die SMA eigene Volksbildungssektoren, die in die Schulen des betreffenden Landes hineinregierten, und selbst die sowjetischen Stadtkommandanten übten mit ihren Schuloffizieren vor Ort erheblichen Einfluss aus. - Prof. Geißler berichtete im Detail über die wiederholten systematischen Säuberungen und Überprüfungen an den Oberschulen, über die zahlreichen Verweise von der Oberschule und Nichtzulassungen zur Reifeprüfung, die Flucht von Schülern in den „Westen“, die Einrichtung von „Ostklassen“ in Westberlin. Geißlers Nachforschungen im Bundesarchiv brachten viele Fakten ans Licht: Bei der Überprüfung aller 380 Oberschulen im Mai 1950 stellten die staatlichen Prüfer fest, dass an jeder fünften Oberschule politisch untragbare Zustände herrschten und diese in 2/3 aller Oberschulen verbesserungsbedürftig seien. Generell belegen die Archivfunde, dass die Mehrzahl der Oberschüler zu Beginn der 1950er Jahre der staatlich verordneten Ideologie ablehnend gegenüberstand.

Nach der historischen Skizze des Archivforschers folgte mit Herrn Thomas Ammer ein Historiker, der aus eigenem Erleben berichtete. Ammer wurde 1937 in Eisenberg geboren und besuchte die dortige Oberschule. Die staatliche Kampagne, die die „Junge Gemeinde“ im Herbst 1952 als staatsfeindliche Organisation brandmarkte, führte zur Relegation von evangelischen Oberschülern, die allerdings nach dem 17. Juni 1953 im Rahmen des „Neuen Kurses“ mitunter wieder zugelassen wurden. Der „Eisenberger Kreis“ nicht systemangepasster Oberschüler wirkte nach dem Abitur weiter an der Universität Jena, unter der für sich sprechenden Gruppenbezeichnung „Geschwister Scholl II“. (Deren spiritus rector, der Jensener Physikstudent Franz Hammer, geb. 1933, wurde 1955 wegen angeblicher Spionage zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er erhängte sich im Sept. 1957 in der SVA Waldheim.) Thomas Ammer war nach dem Abitur Medizinstudent in Jena geworden und hielt es für richtig, im Krisenjahr 1956 (Volksaufstände in Polen und Ungarn, Gründung der Nationalen Volksarmee in der DDR) eine FDJ-Funktion zu übernehmen, ließ sich aber von einem auf ihn angesetzten „West-Journalisten“, der in Wirklichkeit hauptamtlicher Stasi-Mitarbeiter war, aushorchen. Im Frühjahr 1958 wurde Thomas Ammer mit 30 Gesinnungsfreunden verhaftet und im ersten Prozess gegen den „Eisenberger Kreis“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1964 hat man Ammer in den Westen „freigekauft“, unter der Bedingung absoluten Stillschweigens, was ihm der bekannte RA Dr. Vogel mitteilte.

Der nächste Vortrag handelte von der Diskriminierung christlicher Schüler. Frau Dr. Kristin Wappler, die 2006 mit einer Dissertation „Grenzen der Politisierung am Beispiel von Schulen im katholischen Eichsfeld und evangelischen Erzgebirge unter der SED-Herrschaft“ promoviert worden war, sagte gleich zu Beginn mit erfrischender Klarheit: „Das DDR-Bildungssystem wird heute von Vielen zu Unrecht gepriesen und selbst ältere evangelische Pfarrer haben scheinbar vergessen, welchen Ängsten und Zwängen christliche Schüler ausgesetzt waren.“ Gegen das Vergessen und Verharmlosen setzte und untermauerte Kristin Wappler drei Thesen:

- 1) Christliche Schüler wurden während der gesamten DDR-Zeit diskriminiert.

2) Christliche Schüler standen in einem nur schwer auszuhaltenden Spannungsfeld zwischen Staatsdoktrin und Religion.

3) Christliche Schüler haben die DDR-Schule dennoch nachhaltig geprägt und letztendlich zum Niedergang des Systems beigetragen.

Da die schulische Erziehung zum Marxismus-Leninismus, der angeblich einzig wissenschaftlichen Weltanschauung, mit dem Hauptdogma verbunden war, dass die atheistische kommunistische Partei immer Recht habe, wurden alle christlichen Glaubenswahrheiten als rückständig, reaktionär, unwissenschaftlich, ... abgewertet. Christliche Eltern, die ihren Kindern die Chancen auf eine höhere Bildung oder einen Wunschberuf nicht nehmen lassen wollten, wussten sich oft keinen anderen Rat, als ihren Kindern von der 1. Klasse an einzuschärfen, dass das zu Hause Gesagte und Gehörte nicht nach außen gelangen dürfe. In den Leistungskontrollen im Staatsbürgerkunde- und Geschichtsunterricht habe man nicht ehrlich zu sein, sondern nur das wiederzugeben, was gehört werden wolle. Das Leben mit der Lüge war für christlich geprägte kleinere Kinder ein schwere psychische Last, weil sie ihr zweckbedingtes Lügen zugleich als Gebotsverletzung und „Sünde“ empfanden. So konnten sich in der Schulzeit Schuldkomplexe verfestigen, die für das weitere Leben eine Belastung blieben. - Frau Dr. Wappler betonte, bei ihren Interviews aber nicht nur auf gebrochene Schülerbiografien gestoßen zu sein, sondern mitunter auch auf gebrochene Menschen. Trotz ausgezeichneter schulischer Leistungsnoten waren diese weder zur Erweiterten Oberschule noch zu einer Berufsausbildung mit Abitur zugelassen worden. Stattdessen drängte man die Anpassungsverweigerer in ungeliebte Berufsausbildungen – zum Beispiel Mädchen zum Maurer oder Maschinenschlosser –, in denen sie keine berufliche Erfüllung fanden. Als die DDR 1989/90 kollabierte, waren sie schon zu alt, um die gestohlenen Jahre aufzuholen. Heute sind sie oft arbeitslos, leben in ärmlichen Verhältnissen, fühlen sich als Verlierer und sind frustriert.

Der nächste Vortrag „Erziehung zur ‚sozialistischen Persönlichkeit‘“ von Frau Tina Kwiatkowski-Celofiga basierte auf deren Dissertation, die sie am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung erarbeitete. Als Doktorandin konnte sie auf 6900 Rehabilitationsanträge, die bis zum Sommer 2008 von Schülern aufgrund politisch begründeter Benachteiligungen gestellt worden waren, zurückgreifen. Die Vortragende ließ die Entwicklung des Erziehungskonzepts in der SBZ/DDR chronologisch Revue passieren. Nach der anfänglichen antifaschistisch-antibürgerlichen Phase und der Etablierung der einheitlichen Jugendorganisationen nach sowjetischem Vorbild (Junge Pioniere, Thälmann-Pioniere, Freie Deutsche Jugend (FDJ)) folgten weitere Etappen der Angleichung an das gesellschaftliche System der Sowjetunion. Insbesondere erinnerte die Vortragende an die Proklamierung des Aufbaus des Sozialismus (1952), die republikweite Einführung der Jugendweihe (1955), die Verkündung der 10 Gebote der sozialistischen Moral (1958), das SED-Parteiprogramm zum umfassenden Aufbau des Sozialismus und das Konzept der sozialistischen Menschengemeinschaft, das neue Familiengesetzbuch und das Gesetz über das einheitliche Bildungssystem (1965), die „Verfassung des sozialistischen Staates deutscher Nation“, welche im Artikel 1 „die Führung der

Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ festschrieb. Seit dem IX. SED-Parteitag (1976) sprach man wie in der UdSSR von kommunistischer Erziehung, und zwar durchgängig von den Kindergärten über die Polytechnischen Oberschulen bis zu den Hochschulen. Man behauptete eine ständige Verschärfung des Klassenkampfes, die die Erziehung zum Hass auf den Klassenfeind, eine Verdammung des Pazifismus, die Abgrenzung gegenüber der imperialistischen BRD und die Überwindung des Erbes der bürgerlichen Lebensweise erfordere. In den letzten Jahren, als der KPdSU-Generalsekretär M. S. Gorbatschow die „Stagnation“ in der UdSSR durch „Perestroika“ und „Glasnost“ überwinden wollte, distanzierte sich die DDR-Staatsmacht von den Entwicklungen in der UdSSR und verkündete einen „Sozialismus in den Farben der DDR“. Die DDR, die von vornherein als Sowjetdeutschland etabliert worden war, implodierte während der Vorbereitung des für 1990 geplanten XII. SED-Parteitages, weil sich herausstellte, dass der sowjetdeutsche Satellitenstaat nicht mehr von den sowjetischen Panzern und Bajonetten am Leben erhalten wird.

Mit Prof. Dieter Schulz, der von 1993 bis zur Versetzung in den Ruhestand 2007 an der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig lehrte und forschte, kam ein Vortragender zu Wort, der selbst bis zur 11. Klasse in Sachsen zur Schule gegangen und 1958 von allen weiterführenden DDR-Schulen verwiesen worden war, weil sein katholisches „Elternhaus aufgrund der Republikflucht von fünf Söhnen nicht die Gewähr biete, dass die sozialistische Erziehung der Oberschule [vom Elternhaus] ergänzt wird.“ Danach floh Dieter Schulz, der verbliebene sechste und jüngste Bruder, gemeinsam mit seinen Eltern aus Görlitz in den „Westen“. Schulz sprach jedoch nicht über sein eigenes Schülerschicksal, sondern widmete sich der „Wertevermittlung in Schulen“. Zur Veranschaulichung legte er beeindruckende Originaldokumente zur „Realisierung der kommunistischen Erziehung“ in den DDR-Schulen vor. Aus diesen Schriften war die rigorose Steuerung der DDR-Schulen durch die Staatspartei gut ablesbar. Zugleich offenbarte sich, dass die DDR-Pädagogik nichts weiter war als ein Anhängsel der Pädagogik, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Theorie und Praxis betrieb. Doch Prof. Schulz beließ es nicht beim Rückblick, sondern machte zukunftsweisende Aussagen über eine heute notwendige Werteerziehung, über Wertepluralismus und angemessenes Lehrerhandeln, über die pädagogische Freiheit und die Verantwortung des Lehrers. Prof. Schulz erläuterte sein Verständnis der Schule als einer sozialen Leistungsschule.

Die Tagung endete mit einer musikalisch umrahmten abendlichen Festveranstaltung. Im Auftrage der Rektorin der Universität begrüßte Frau Professor Barbara Drinck von der erziehungswissenschaftlichen Fakultät die Festversammlung. Als Festvortragender war ein Mitglied des Sächsischen Landtages, der Vorsitzende des Landesfachausschusses Bildung, der CDU-Landtagsabgeordnete Lothar Bienst gewonnen worden. Auch Bienst, 1956 in der niederschlesischen Oberlausitz geboren, konnte auf persönliche Erfahrungen mit dem Sowjetsystem verweisen. Sein Vater war 1945 als 16-jähriger von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und für mehrere Jahre als Zwangsarbeiter nach Sibirien verbracht worden. Der Sohn gelangte nur auf Umwegen zur Hochschulreife,

brachte es dennoch zu einem Hochschulabschluss als Dipl.-Ing. für Energieerzeugung. Er ist nun seit 28 Jahren als Lehrer an einer Berufsschule erfolgreich tätig. Der erfahrene technische Lehrer und in seiner Heimat fest verwurzelte Landespolitiker stellte seinen Festvortrag unter die Überschrift „Schule als Ort demokratischer Bildung“. Die Lehrerbildung müsse solide ausgebildete und didaktisch versierte Pädagogen hervorbringen, die den Schülern vermitteln, wie die öffentliche Verwaltung und die politischen Organe funktionieren. Alle Fächer - nicht nur Geschichte und Gesellschaftskunde, sondern sogar die MINT-Fächer - müssten und könnten zur Demokratieerziehung genutzt werden. Der Vortragende ging auf die Wertevermittlung im Sinne des Par. 1 des Sächsischen Schulgesetzes aus dem Jahre 2004 ein, verwies auf ein aktuelles Arbeitspapier zur Demokratieerziehung und erläuterte verschiedene strukturelle Hilfsangebote – Einsatz von Beratern für Demokratieerziehung, von Eltern-Mitwirkungs-Moderatoren, von Schüler-Mitwirkungs-Moderatoren, von Netzwerken assoziierter Schulen - , die alle dazu dienen, Demokratie für die Schüler und Jugendlichen konkret in der Lebensrealität erfahrbar zu machen, eine positive Streitkultur bei den Jugendlichen zu entwickeln und extremistischen Verführern den Nährboden zu entziehen.

Mit den vierten Belter-Dialogen gelang der Konrad-Adenauer-Stiftung des Freistaates Sachsen eine sehr gute bildungspolitische Veranstaltung. Zu den Vorträgen wurde ausgiebig und sehr sachkundig diskutiert, teilweise auch kontrovers. Maßgeblich zu dem Tagungserfolg trugen nicht nur das traditionsträchtige Ambiente und erfahrene Professoren bei, sondern auch zwei junge Nachwuchswissenschaftlerinnen mit engagierten und überzeugenden Reden. Im Auditorium hätte sich der Berichterstatter einen größeren Anteil junger Gesichter, die erst nach dem Untergang des Sowjetimperiums zur Schule gegangen sind, gewünscht; denn diese Altersgruppe hat allzu oft ungenügende Vorstellungen von der schulischen Erziehung in der SBZ/DDR und ist deshalb nicht immun gegen den Virus neuerlicher sozialistisch/kommunistischer Schulexperimente.